
Zukunft Altersvorsorge

Treffen SP60+ , SP-Queer und JUSO 3.September 2024

Ergebnis

Ausgangslage

Die Bundesverfassung bestimmt, dass die AHV den Existenzbedarf zu decken hat (Art.112) und gibt als Grössenordnung in Art.112a die Ergänzungsleistungen an. Die berufliche Vorsorge soll zudem gemäss Art.113 die Fortsetzung der gewohnten Lebenshaltung ermöglichen. Dieser Verfassungsauftrag wird auch mit der 13. AHV-Rente bei weitem nicht erfüllt. Die Schweiz weist denn auch eine der höchsten Armutsquoten bei der älteren Bevölkerung auf. Ein Skandal!! Es ist deshalb an der Zeit, hier eine wirksame Strategie zur Korrektur dieses Zustandes zu entwickeln.

Zielsetzung

Bei der Zielsetzung gibt es einen **grundsätzlichen Konsens**: Wir fordern eine minimale Gesamtrente für alle in der Grössenordnung von 5'000 Franken. Die SP60+ schlägt dabei eine AHV-Rente von 4'500 Franken sowie eine Gesamtrente aus 1. und 2. Säule von 5'000 Franken vor. Die JUSO will in ihrer Resolution zur Volkspension ([>>> Link](#)) 1., 2. und 3. Säule zusammenlegen und kommt damit ebenfalls auf eine Gesamtrente von 5'000 Franken

Finanzierung.

Auch hier gibt es **grundsätzlichen Konsens**. Die AHV hat eindeutig Finanzierungspriorität. Dabei hat die Verlagerung der Beiträge von der beruflichen Vorsorge in die erste Säule erste Priorität. Falls dies nur teilweise geschieht (Modell der SP60+) , sehen wir als Zusatzfinanzierung in erster Linie die AHV-Beitragspflicht der Unternehmensgewinne. Es ist ja nicht einzusehen, warum nur die Arbeitseinkommen, nicht aber die Kapitaleinkommen AHV-pflichtig sein sollen. Die JUSO will die drei Säulen des heutigen Vorsorgesystems in einer Volkspension zusammenlegen.

Selbstverständlich können auch weitere Einnahmen z.B. via Erbschafts-, Vermögens- oder Finanztransaktionssteuern in Betracht gezogen werden.

Strategie.

Wir sind uns bewusst, dass die Realisierung dieses Ziels eine längerfristige Aufgabe in der Grössenordnung von 10 Jahren ist. Folgende **Grundsätze** sind uns dabei wichtig:

-
- **Realpolitik** aus sozialdemokratischer Sicht darf sich nicht nur an der vermeintlichen Machbarkeit aus parlamentarischer Sicht orientieren, sondern muss **zu den realen Problemen** der Bevölkerung längerfristige Lösungsperspektiven (Visionen) anbieten. Die verbreitete wirtschaftliche Prekarität bei Rentnerinnen und Rentnern ist eine solche Problemlage.
 - Fragen der Ausgestaltung der Vorsorgesituation **betreffen nicht nur die 60+**. Die Vernachlässigung verfassungskonformer Renten wie auch die permanenten rechtsbürgerlichen Versuche des Sozialabbaus betreffen früher oder später auch die jüngeren Generationen und gesellschaftliche Gruppen wie die Frauen oder die Migrantinnen und Migranten. Es ist deshalb an der Zeit, dass die SP als Ganzes hier aktiv wird.
 - SP60+, SP Queer und JUSO müssen deshalb sowohl in ihren Gruppen als auch bei den anderen SP-Gruppen und der Gesamtpartei immer wieder **Sensibilisierungs-Aktionen** initiieren.
 - Allerdings ist es unerlässlich, auch mit **parteiexternen Gruppen und Personen Partnerschaften** einzugehen und mit ihnen Aktionen durchzuführen. Wir nehmen deshalb gerne zu Kenntnis, dass beim **Schweizerischen Gewerkschaftsbund** ([>>>Link](#)) ähnliche mittelfristige Ziele formuliert sind. Das **Denknetz** ([>>>Link](#)) geht ebenfalls in dieselbe Richtung, und eine Parlamentarische Initiative von Seiten der **Grünen Partei** ([>>>Link](#)) fordert die Zusammenlegung der ersten und zweiten Säule für einen «gesicherten, solidarischen und umweltbewussten Ruhestand». Wir werden in einem nächsten Schritt mit diesen und ev. anderen Gruppierungen und Akteuren Kontakt aufnehmen und eventuelle gemeinsame Aktionen klären.
 - Gleichzeitig wird es auch notwendig sein, mit dem Thema existenzsichernder Vorsorgeleistungen **vermehrt in der Öffentlichkeit** präsent zu sein. Dabei ist auch die Organisation von Medienkonferenzen, Petitionen, Manifestationen und ähnlichen Aktionen zu prüfen.